

Schwarz-Friesel, Monika (2022). Toxische Sprache und geistige Gewalt. Wie judenfeindliche Denk- und Gefühlsmuster seit Jahrhunderten unsere Kommunikation prägen

Über die Publikation

Auf knapp 200 Seiten zeigt die Autorin, wie Antisemitismus seit 2.000 Jahren Sprach- und Denkmuster beeinflusst. Sie zeigt in 17 Kapiteln eindrücklich und anhand zahlreicher Beispiele, dass der antijudaistische Ursprung des Antisemitismus bis heute erhalten geblieben ist und wie der Antisemitismus mittels Sprache von Generation zu Generation weitergegeben und normalisiert wird und dass nicht einmal der Mord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden zu einer tiefgreifenden Zäsur geführt hat.

Methode

Mittels kognitionslinguistischer Analyse zeigt Schwarz-Friesel, wie sich Antisemitismus über die zwei Jahrtausende artikuliert und immer wieder den aktuellen Gegebenheiten anpasst. Sie geht zurück zu Texten aus dem Neuen Testament und zeigt anhand von Philosophen der Aufklärung und Literaturnobelpreisträgern, dass Antisemitismus seit jeher von einer gebildeten Schicht ausgegangen ist.

Zentrale Befunde/Aussagen

Schon immer war Sprache entscheidend für die Ausbreitung und Normalisierung von Judenhass. „In dem kollektiven Gefühl der Judenfeindschaft verbinden sich Kognition, Emotion und Sprache zu einem für die Juden tödlichen und für die gesamte Gesellschaft destruktiven geistigen Gift“ (S. 9). Gegenwärtig ist die größte Herausforderung in der Bekämpfung von Antisemitismus, dass Antisemitismus (besonders der israelbezogene) immer wieder bagatellisiert und geleugnet wird und als Kunst- und Meinungsfreiheit abgetan wird: „Wie soll ein weitreichendes Umdenken und Aufarbeiten stattfinden, wenn man nur auf die Springerstiefel-Antisemiten schaut, Bischöfen, Nobelpreisträgern und Gelehrten aber alles durchgehen lässt?“ (S. 59) Schwarz-Friesel fordert daher: „Judenfeindliche Äußerungen müssen ohne Ansehen der Person und ohne Wenn und Aber ohne Ausnahme angesprochen, kritisiert und zurückgewiesen werden“ (S. 202), denn die Antisemitismusforschung kann ganz klar sagen, wenn eine Aussage antisemitisch ist, eine angebliche Grauzone gibt es dabei nicht.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.narr.de/toxische-sprache-und-geistige-gewalt-20466-1/>

Quelle

Schwarz-Friesel, Monika (2022). Toxische Sprache und geistige Gewalt. Wie judenfeindliche Denk- und Gefühlsmuster seit Jahrhunderten unsere Kommunikation prägen. Tübingen, Narr Francke Attempto.



Bereich Vielfalt, Engagement und Diskriminierung

Aalders, Sophia/Ionescu, Camille/Beigang, Steffen (2022). Mindeststandards zur Dokumentation von Antidiskriminierungsberatung

Über die Publikation

Im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wurden in einem partizipativen Prozess Mindeststandards für ein Dokumentationssystem in der Antidiskriminierungsberatung entwickelt. Auf dieser Basis sollen die Daten für übergreifende Statistiken zusammengeführt werden können.

Methode

Die Recherche bestehender Dokumentationssysteme, die Darstellung von drei Best-Practice-Beispielen und diverse individuelle Gespräche mit Vertreter*innen von Beratungsstellen sowie drei Konsultationstreffen mit Vertreter*innen verschiedener Antidiskriminierungsberatungen und anderer zentraler Akteur*innen im Feld bilden den Kern der Studie.

Zentrale Befunde/Aussagen

Das Projektteam hat ein Dokumentationssystem mit verschiedenen Ebenen entwickelt, wobei die übergeordnete Ebene den Mindeststandard für die Dokumentation einer Antidiskriminierungsberatung darstellt. „Die in diesem Bericht vorgeschlagenen Mindeststandards für die Dokumentation von Antidiskriminierungsberatungen sind, wie mehrfach angemerkt, ein Schritt in einem Diskussionsprozess, der sowohl vor der Entwicklung der hier vorgestellten Standards begonnen hat als auch im Anschluss an sie weitergehen muss. Die bestehenden Dokumentationssysteme, die von verschiedenen Beratungsstellen bereits eingesetzt werden, waren ein wichtiger Ausgangspunkt für die Entwicklung der hier vorliegenden Mindeststandards.“ (S. 91) Die Studie betont in den abschließenden Handlungsempfehlungen, dass es notwendig sei, das Dokumentationssystem regelmäßig zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/mindeststandards_antidiskriminierungsberatung.html

Quelle

Aalders, Sophia/Ionescu, Camille/Beigang, Steffen (2022). Mindeststandards zur Dokumentation von Antidiskriminierungsberatung. Berlin, Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Bartel, Daniel/Kalpaka, Annita (2022). Gut beraten! Auf dem Weg zu einer flächendeckenden Antidiskriminierungsberatung in Deutschland

Über die Publikation

Diese Studie im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes liefert eine Bestandsaufnahme der Antidiskriminierungsberatungsstellen in Dtl. Neben der Entwicklung einer Typologie bzw. Klassifizierung der sowohl staatlichen als auch zivilgesellschaftlichen Beratungsstrukturen, verfolgt sie das Ziel, ein Konzept für eine „flächendeckende Antidiskriminierungsberatung“ zu formulieren.

Methode

Die Studienergebnisse basieren auf einer Online-Fragebogenerhebung von 88 Antidiskriminierungsstellen in Deutschland zwischen Mai und Juni 2021, 7 Fokusgruppen mit Vertreter*innen von Antidiskriminierungsstellen sowie mehreren Einzelinterviews und Fachgesprächen. Zusätzlich gab es ein achtköpfiges Begleitgremium.

Zentrale Befunde/Aussagen

Gleich zu Beginn der Studie konstatieren die Autor*innen das Fehlen einer klaren und institutionalisierten Definition von Antidiskriminierungsberatung. In weiterer Folge zeigt die Studie, dass das junge, sehr dynamische Feld der Antidiskriminierungsberatung lokal unterschiedlich gut ausgebaut ist. „Der Umfang des Beratungsangebotes ist stark vom Bundesland abhängig. Je nach Bundesland ist eine Vollzeit-AD-Berater*innenstelle aktuell für die Bedarfe von bis zu 300.000 Einwohner*innen zuständig oder für die von mehr als 1,8 Millionen Einwohner*innen“ (S. 157). Ein Großteil des Beratungsbedarfs wird derzeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen abgedeckt. Gleichzeitig fehlt eine Förderstruktur, die längerfristige Planung ermöglicht: „Drei von vier Beratungsstellen beschreiben ihre Finanzierung als nicht ausreichend. Der Bedarf wird durchschnittlich nur zu 60 Prozent gedeckt. 40 % der Beratungsstellen haben einen Planungs-horizont von einem Jahr oder weniger“ (S. 176). Die Autor*innen kommen zum Schluss, „[...] dass die aktuell bestehenden Beratungsstrukturen im Bundesdurchschnitt um den Faktor 5 bis 10 erweitert und systematisch in die Fläche gebracht werden müssen“ um von einer flächendeckenden Antidiskriminierungsberatung sprechen zu können (S. 239).

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/gut_beraten_flaechendeckende_antidiskrimberatung.html?nn=305458

Quelle

Bartel, Daniel/Kalpaka, Annita (2022). Gut beraten! Auf dem Weg zu einer flächendeckenden Antidiskriminierungsberatung in Deutschland. Aktueller Stand und konzeptionelle Eckpunkte. Berlin, Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (2022). Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander?

Über die Publikation

Der Bericht stellt die Auftaktstudie des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa) des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) dar. Sie folgt der Leitfrage: „Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander?“ und stellt eine erste umfangreiche quantitative Auseinandersetzung mit der Wahrnehmung von Rassismus in Deutschland dar.

Methode

Der Studie liegt eine telefonische Zufallsstichprobe aus Festnetz und Mobilfunk von 5.003 Personen zugrunde. In der Studie wird eine Vielzahl neuer Items verwendet, die einzelne Dimensionen von Rassismus, wie den Glauben an Rassen oder die Leugnung von Rassismus, untersuchen. Daneben wird ein experimentelles Vignettendesign verwendet und etablierte Skalen wie Social Dominance Orientation als Rassismusmessung interpretiert.

Zentrale Befunde/Aussagen

Die Studie zeigt, dass 22 % der Menschen in Deutschland angeben, schon einmal durch Rassismus benachteiligt worden zu sein. Deutlich mehr Personen haben aber schon einmal Rassismus beobachtet oder von benachteiligte Menschen über deren Rassismuserfahrungen gehört. Es wird dargestellt, dass jene Personen, die Rassismus beobachtet oder von ihm gehört haben, stärker davon emotional betroffen sind und häufiger daran denken mussten, als jene Personen, die rassistisch benachteiligt wurden. Dies wird als indirekte Rassismuserfahrungen und Co-Betroffenheit bezeichnet.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

https://www.rassismusmonitor.de/fileadmin/user_upload/NaDiRa/CATI_Studie_Rassistische_Realit%C3%A4ten/DeZIM-Rassismusmonitor-Studie_Rassistische-Realit%C3%A4ten_Wie-setzt-sich-Deutschland-mit-Rassismus-auseinander.pdf

Quelle

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (2022). Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa). Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, Berlin.

Hark, Sabine (2021). Gemeinschaft der Ungewählten. Umriss eines politischen Ethos der Kohabitation

Über die Publikation

Harks Essay kreist um die Fragen, „wie wir in der Welt sind und wie wir unser Zusammenleben gestalten“ (S. 17) wollen. Im Zentrum steht dabei die „Figur des „Ungewählten“ (S. 22), also die Annahme, dass wir alle als Bewohner*innen der Welt jeweils ungewählt sind, uns aber ebenfalls allen „das Recht zu gedeihen“ (S. 17) zukommen sollte.

Methode

Es handelt sich um eine theoretische Arbeit, die verschiedene Diskursstränge – bspw. die Ethik der Kohabitation, den Diskurs um Sorge sowie Zusammenhalt – miteinander ins Gespräch bringt.

Zentrale Befunde/Aussagen

Es geht also „nicht nur um uns selbst und diejenigen [...], die wir schon kennen und dahaben wollen, sondern auch um jene, die wir (bislang) nicht kennen (mussten) oder noch nicht kennen können. Genauso wie um jene, die sich in vermeintlich nicht intelligiblen Weisen artikulieren, deren Stimmen zu hören wir erst lernen müssen. [...] Und da unser Wohlergehen auch vom Wohlergehen nichtmenschlichen und nichttierischen Lebens und von dem des Planeten abhängt, müssen wir unsere Vorstellungen und unseren Begriff von Gemeinschaft auch in diese Richtung erweitern. Auch diese Leben müssen aktiv nicht nur Berücksichtigung, sie müssen eine Stimme finden in den Verhandlungen des ‚Wir‘ und dessen, was ‚uns‘ angeht, was eine Angelegenheit der Sorge, ein matter of care ist.“ (S. 187 f.) Das schließt ganz ausdrücklich auch diejenigen ein, „mit denen wir nicht übereinstimmen, von denen wir glauben, nichts mit ihnen gemein zu haben“ (S. 188), darunter ganz explizit – und das ist die größte Herausforderung – auch unsere „Feinde“ (ebd.). Dabei ist „Gleichheit [...] das Fundament der Demokratie und nicht verhandelbar. Und das heißt auch: Demokratie ist nicht zu haben ohne Zugewandtheit, ohne die Bereitschaft, die Präsenz der anderen zu vergegenwärtigen, ihr Leid wahrzunehmen, sie mitzudenken [...] und ihr [...] Sein zu einem Anliegen der geteilten Sorge zu machen“ (S. 112). Hark plädiert für die Neuerfindung einer universalen „Sorge als politische, als machtsensible, als demokratische Tugend“ (S. 214) gegenüber der „Welt als Ganze“ (S. 216), eine Sorge, die „es für die Reparatur der Welt braucht“ (S. 220).

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.suhrkamp.de/buch/sabine-hark-gemeinschaft-der-ungewahlten-t-9783518127742>

Quelle

Hark, Sabine (2021). Gemeinschaft der Ungewählten. Umriss eines politischen Ethos der Kohabitation. Berlin, Suhrkamp.

Kruse, Merle-Marie (2022). Politik, Medien und Jugend. Politikverständnisse und politische Identität im mediatisierten Alltag Jugendlicher

Über die Publikation

Merle-Marie Kruse geht in ihrer Studie dem Mythos einer politikverdrossenen Jugend nach. Mit einem qualitativen Ansatz zeigt sie auf, wie Jugendliche vor dem Hintergrund eines stark medial geprägten Alltags Politik verstehen und eigene politische Identitäten ausprägen.

Methode

Im Zeitraum von Juni 2013 bis Juli 2015 wurden elf Gruppendiskussionen mit 70 Teilnehmenden zwischen 13 und 21 Jahren in Realgruppen durchgeführt. Der Altersdurchschnitt lag bei 16,1 Jahren. Die Auswertung erfolgte in Anlehnung an die Grounded Theory.

Zentrale Befunde/Aussagen

„Als ein zentrales Ergebnis lässt sich festhalten, dass für Konstruktionsprozesse politischer Identitäten sowohl mehr oder weniger eigensinnige Selbstentwürfe und –positionierungen junger Menschen eine Rolle spielen als auch Aushandlungen von im gesellschaftlichen Common Sense verankerten Subjektivierungs(an)geboten und Idealvorstellungen politischen Subjekt-Seins. Eine wesentliche Dimension solcher Identitätskonstruktionen stellen unterschiedliche Formen der Abgrenzung Jugendlicher von der Welt der institutionalisierten Politik dar. Die entsprechenden Analysebefunde zeigen, wie junge Menschen diese Welt aufgrund fehlender Identifikationsmöglichkeiten als fundamental von ihren eigenen Alltagswelten, Erfahrungen und Werten differierend konstruieren.“ (S. 394) „Ein wesentlicher Befund besteht darin, dass diese Auseinandersetzungen [...] durchaus als Beschäftigung mit Politischem im Sinne eines erweiterten, alltags- und machtbewussten Verständnisses interpretiert werden können, von jungen Menschen selbst häufig aber gar nicht mit Politik oder Politischem in Zusammenhang gebracht werden. Zudem veranschaulichen die Ergebnisse, dass und wie insbesondere populärkulturelle, von etablierten Formen und Formaten der politischen Kommunikation differierende mediale Angebote als wichtige jugendspezifische Ressourcen für ein Involvement mit Politischem betrachtet werden können [...]“ (S. 395).

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6147-7/politik-medien-und-jugend/>

Quelle

Kruse, Merle-Marie (2022). Politik, Medien und Jugend. Politikverständnisse und politische Identität im mediatisierten Alltag Jugendliche. Bielefeld, Transcript.

Rodó-Zárate, Maria/Jorba, Marta (2022). Metaphors of Intersectionality – Reframing the Debate With a New Proposal

Über die Publikation

Der Ausgangspunkt des Artikels ist die Beobachtung, dass sowohl Crenshaws erste Intersektionalitätsmetapher der Straßenkreuzung als auch andere spätere Metaphern für das Konzept der Intersektionalität problematisch sind, insofern sie reproduzieren, was die Idee der Intersektionalität eigentlich überwinden will: nämlich unterschiedliche soziale Kategorien (wie Geschlecht und race) als voneinander getrennt zu verstehen.

Methode

Die Autor*innen nutzen eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand zum Konzept der Intersektionalität zur Entwicklung ihrer eigenen Metapher.

Zentrale Befunde/Aussagen

Die Metapher des Korbs voller Äpfel umgeht, so die Autorinnen, diese Problematiken bisheriger Metaphern: „Criteria for classifying the apples (colour, size, taste) have to be seen as analogous to social categories (gender, race, sexual orientation) in the metaphor. Every specific apple property (red, big, sweet) is analogous to social positions in intersectionality (man, white, gay). The metaphor does not imply a specific conception of such positions, and it allows for degrees, for vague cases, and thus has space for breaking binary and rigid understandings of categories, thus avoiding the criticism of intersectionality as reinforcing rigid categories (see Gary, 2011). [...] Apple properties, by being criteria, are not considered things but properties of things, and thus criteria of social differentiation applying to people. If they are not discrete things, they do not afterwards have to necessarily be combined, mixed or interrelated – they are already simultaneously present and configuring the apple from the start. Thus, in the positions dimension the question about the relation among categories – and so the demand for mutual constitution – does not appear, as properties are not presented as separate. The redness of an apple is not constituted by its size, as being a woman is not constituted by being 32 years old.“ (S. 30) Wichtig ist dabei, dass es keine neutralen bzw. „leeren“ Eigenschaften gibt (S. 31).

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/1350506820930734>

Quelle

Rodó-Zárate, Maria/Jorba, Marta (2022). Metaphors of Intersectionality – Reframing the Debate With a New Proposal. *European Journal of Women's Studies* 29 (1), 23–38.

Sauer, Birgit (2022). Nachdenken über Intersektionalität. Die Bedeutung von Klasse und Geschlecht im Kontext von anti-feministischen Kämpfen um Hegemonie

Über die Publikation

Birgit Sauer diagnostiziert die Herausbildung einer „anti-emanzipatorischen politischen Intersektionalitätspraxis“ (S. 195) von rechts. Diese stellt einen emanzipatorischen Begriff von Intersektionalität und eine damit verknüpfte Praxis vor neue Herausforderungen.

Methode

In Anlehnung an aktuelle Debatten der Soziologie, Politikwissenschaft und Geschlechterforschung expliziert Sauer das Konzept anti-emanzipatorischer Intersektionalität als „diskursive Verknüpfung von Diskriminierungs- und Exklusionsmechanismen“ (S. 194) und schlägt im Anschluss Bewältigungsstrategien vor.

Zentrale Befunde/Aussagen

Rechte Hegemoniekämpfe bedienen sich „Verschiebungen, Umdeutungen, Resignifikationen von Herrschaftsverhältnissen – auch und besonders durch die Ver- beziehungsweise Entknüpfung von Herrschaftsdimensionen, durch die Zuspitzung oder Leugnung von Zusammenhängen von Herrschaftsstrukturen“ (S. 194). So wird die „Bedrohung durch neoliberale Transformationen von Arbeits- und Finanzmärkten, durch ökonomische Globalisierung und Finanzialisierung dethematisiert und umgedeutet als Bedrohung von Geschlecht, ja durch Geschlecht, durch Migration und eine als ‚anders‘ markierte Religion“ (S. 198). Die Integration „einer prononcierten Klassendimension in das Intersektionalitätskonzept“ erhält damit neue Dringlichkeit. Sauers Vorschlag besteht in der Wiederbelebung des von Stuart Hall entlehnten Konzepts der „Artikulation“. Dieses erlaubt, gesellschaftliche Widersprüche nicht-reduktionistisch aufeinander zu beziehen. Es ermöglicht weiterhin „Antagonismen zu bearbeiten, ohne auf eine Gruppenidentität aufbauen zu müssen“ (S. 201). So kann unsichtbar Gemachtes sichtbar gemacht und Herrschaftsförmigkeit thematisiert werden.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6168-2/der-welt-eine-neue-wirklichkeit-geben/>

Quelle

Sauer, Birgit (2022). Nachdenken über Intersektionalität – Die Bedeutung von Klasse und Geschlecht im Kontext von antifeministischen Kämpfen um Hegemonie. In: Fitsch, Hanna/ Greusing Inka/ Kerner, Ina/Meißner, Hanna/Oloff, Aline (Hg.). *Der Welt eine neue Wirklichkeit geben – Feministische und queertheoretische Interventionen*. Bielefeld, Transcript, 193–204.

Vodafone Stiftung (2022). Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen

Über die Publikation

Die Publikation stellt Ergebnisse dar, wie zufrieden junge Menschen in Deutschland mit „der Berücksichtigung ihrer Interessen und mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind“ (S. 1). Sie beinhaltet fünf Interviews mit jungen Bundestagabgeordneten, die über Mitbestimmungsmöglichkeiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen berichten. Die Publikation stellt zudem die von den Befragten gewünschten Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Prozessen dar (S. 29 ff.).

Methode

Vom 07.09.–27.09.2021 wurden 2.124 dt.sprachige Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14-24 in Privathaushalten in Dtl. befragt. Die Stichprobenziehung erfolgt als Quotenstichprobe (S. 32).

Zentrale Befunde/Aussagen

Die Befragungen haben ergeben, dass zwei Drittel der Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren in Deutschland Interesse an politischen Themen haben. Über 60% der Befragten geben an, sich über politische Themen zu informieren (S. 4 f.) und 66% nehmen die Gleichaltrigen als Teil einer Generation wahr, die politisch etwas verändern möchten (S. 7). Hervorzuheben ist auch das große Interesse an der Bundestagswahl. 85% der 14- bis 24-Jährigen hatte Interesse an ihrem Ausgang und 92% der Jung- und Erstwähler*innen hatte die Absicht, wählen zu gehen (S. 8 ff.). Gleichzeitig fühlt sich die Mehrheit der Jugendlichen unzureichend von der Politik mitgedacht. Zwei Drittel der 14- bis 24-Jährigen haben das Gefühl, die Politik nicht beeinflussen zu können (S. 15). Und nur 50% der Befragten sind zufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert (S. 13). Es zeichnet sich eine große Sorge um die eigene Zukunft und die der nächsten Generationen ab; 86% der Befragten machen sich explizit Sorgen um ihre Zukunft (S. 26 f.). Um besser repräsentiert zu sein, sprechen sich die Befragten für mehr junge Politiker*innen, einen Jugendrat auf Bundesebene und den Ausbau digitaler Beteiligungsformen aus (S. 28 f.).

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/04/Jugendstudie-2022_Vodafone-Stiftung.pdf

Quelle

Vodafone Stiftung Deutschland (2022). Hört und zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Online verfügbar unter https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/04/Jugendstudie-2022_Vodafone-Stiftung.pdf (abgerufen am 09.11.2022).

Vogel, Berthold et al. (2022). Das Soziale Orte-Konzept: Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft

Über die Publikation

Die Autor*innen gehen davon aus, dass der vor allem durch die Corona-Pandemie befeuerte und sichtbar gemachte Verlust von sozialen Orten destruktiv für das soziale Miteinander und gleiche Partizipationsmöglichkeiten der Bürger*innen ist. Sie plädieren für eine Ergänzung des bisher genutzten Zentrale-Orte-Konzepts um das Soziale-Orte-Konzept, um den asymmetrisch verlaufenden lokalen Strukturwandeln gerecht zu werden.

Methode

Exemplarisch wird die Frage nach den sozialen Orten im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt (Thüringen) und in Waldeck-Frankenberg (Hessen) gestellt. 2016/2017 wurde bereits eine Vorstudie durchgeführt, die die Basis für die Überlegungen zum Soziale-Orte-Konzept bildet, das im Buch vorgestellt wird.

Zentrale Befunde/Aussagen

Die Autor*innen stellen die Relevanz des Soziale-Orte-Konzepts durch verschiedene Schlussfolgerungen heraus. Erstens stehen soziale Orte für eine kommunale und dezentrale Sichtweise der gesellschaftlichen Verhältnisse. Kleinstädte, Dörfer und der ländliche Raum können in diesem Konzept aufgewertet und lokale Probleme an konkreten Orten erkannt und beantwortet werden. Zweitens bestärkt das Konzept die Notwendigkeit des öffentlichen Engagements. Die Vitalität der (lokalen) Demokratie hängt von der Leistungsfähigkeit der kollektiv nutzbaren Güter ab. Drittens verteidigt das Soziale-Orte-Konzept verfassungsrechtliche Grundprinzipien als Leitgedanken für die demokratische gesellschaftliche Gestaltung. Deren lokale Verortung, zum Beispiel in Form von kommunaler Selbstverwaltung und flächendeckenden Infrastrukturgewährleistungen, kann vor autoritären politischen und spaltenden Kräften schützen. Viertens bietet das Konzept eine neue Kultur der Resilienz in Zeiten der Vulnerabilität. Der Ansatz fordert die Innovationskraft und Kompetenz der Menschen vor Ort heraus und stärkt somit Vertrauen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteur*innen. Perspektivisch schlagen die Autor*innen die Entwicklung von Indikatoren zur Verallgemeinerung des Konzeptes vor, sodass daraus eine Kartografie des sozialen Zusammenhalts resultieren kann.

Die Publikation finden Sie hier:

<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5752-4/das-soziale-orte-konzept/>

Quelle

Vogel, Berthold/Neu, Claudia/Kersten, Jens (2022). Das Soziale Orte-Konzept: Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft. Bielefeld, Transcript.